

Kreis Höxter



Kradfahrer muss Auto ausweichen

Tietelsen (WB). Bei einem Motorradunfall am Sonntag gegen 14.45 Uhr sind auf der L 890 zwischen Tietelsen und Roggenthal eine Frau und ein Mann verletzt worden. Der 48-jährige Fahrer einer schwarzen Suzuki war laut Polizei mit seiner 46-jährigen Mitfahrerin in Fahrtrichtung Roggenthal unterwegs, als ihnen in einer Linkskurve ein Auto entgegen kam, das etwa einen Meter weit auf die Gegenfahrbahn geraten sein soll. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, musste der Motorradfahrer nach rechts ausweichen, verlor hierbei die Kontrolle, kam ins Schleudern und stürzte. Beide Personen auf dem Motorrad wurden durch den Sturz verletzt und mussten später ärztlich versorgt werden. Das Motorrad rutschte gegen die Leitplanke und wurde erheblich beschädigt. Das Auto ist jedoch weitergefahren, ohne anzuhalten. Da es nicht zu einem Zusammenstoß gekommen war, ist es möglich, dass der Fahrer den Unfall nicht bemerkt hat. Daher bittet die Polizei Höxter den betreffenden Autofahrer, sich unter Telefon 05271/9620 zu melden. Unter dieser Nummer sind auch weitere Hinweise zu dem Unfallhergang erwünscht.

Kleidermarkt in Brenkhausen

Brenkhausen (WB). Ein Kleidermarkt ist am Sonntag, 31. März, im großen Klostersaal in Brenkhausen vorgesehen. In der Zeit von 13.30 bis 16 Uhr kann nach Angaben der Organisatoren nach Lust und Laune gestöbert und Ausschau nach Schnäppchen gehalten werden. Erneut steht den Gästen auch wieder die Cafeteria. Anmeldungen unter Telefon 0172/6827480 oder 0172/5672168.

Bürgerbüro schließt mittags

Höxter (WB). Das Bürgerbüro der Stadt Höxter bleibt am Donnerstag, 28. Februar, von 12.30 Uhr an geschlossen. Der Grund hierfür ist eine interne Veranstaltung. Am Vormittag und darauffolgenden Freitag, 1. März, ist das Bürgerbüro wie gewohnt von 8 bis 12.30 Uhr geöffnet.

Honig im Blickpunkt

Bruchhausen (WB). Die evangelische Frauenhilfe Bruchhausen trifft sich morgen, Mittwoch, um 15 Uhr im Clara-von-Kanne Haus. Thema des Nachmittages: »Von der Biene zum Honig.«

Hier stehen Blitzer



Dienstag

- Brakel, B 252
- Eissen, L 763

Mittwoch

- Höxter, B 83 (Stahle)
- Warburg, Ahornweg

Die Polizei behält sich weitere Kontrollen im Kreis vor.



Mehr als 350 Menschen demonstrierten vor der Konzernzentrale der Südzucker AG in Mannheim für den Erhalt der Zuckerwerke in Warburg und Brottwitz. Rund 200 Warburger bildeten für die Aufsichtsratsmitglieder ein lautstarkes Spalier. Auch Beschäftigte des Mannheimer Standortes unterstützten sie dabei. Fotos: Timo Gemmeke

Aufsichtsrat besiegelt Aus für die Zuckerfabrik

Demo vor der Konzernzentrale der Südzucker AG

Von Timo Gemmeke und Ralf Benner

Mehr Fotos im Internet
www.westfalen-blatt.de

Warburg/Mannheim (WB). Der Aufsichtsrat der Südzucker AG hat gestern Abend die Schließung der Warburger Zuckerfabrik beschlossen. Der Kampf der Börde um »ihr« Werk war vergebens.

»Das ist eine bittere Nachricht, die mich, die uns hart trifft«, sagte Bürgermeister Michael Stickeln in einer ersten Stellungnahme. »Wir haben viel gekämpft, immer gehofft und dennoch verloren«, stellte das Stadtoberhaupt sichtlich niedergeschlagen fest.

Etwa 200 Menschen aus der Börde hatten am Montag vor der Konzernzentrale der Südzucker AG in Mannheim ein lautstarkes Spalier für die Aufsichtsratsmitglieder gebildet. In vier Bussen waren Beschäftigte, Bauern, Bürger und Vertreter der Hansestadt angereist, um gegen die Schließung des Werkes zu protestieren.

Vor Beginn der entscheidenden Aufsichtsratsitzung stellte sich der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Hans-Jörg Gebhard der Warburger Delegation zum Gespräch. Die Demonstranten trugen ihm nochmals ihre Argumente vor und protestierten gegen eine Schließung des Warburger Zuckerwerkes.

Auch die Demonstranten aus dem brandenburgischen Brottwitz waren mittlerweile eingetroffen. Mehr als 350 Menschen demonstrierten damit vor der Zentrale der Südzucker AG. Auch Beschäftigte des Mannheimer Standortes unterstützten die angereisten Demonstranten. Kommunalpolitiker, Gewerkschaftsvertreter und Arbeitnehmergriffen vor der Menge das Wort.

Der Aufsichtsrat unterbrach bereits nach einer halben Stunde seine Sitzung. Vorstandschef

Wolfgang Heer kam vor die Tür, sprach mit den Demonstranten. Heer machte deutlich: »Es ist nicht die Zeit für Emotionalität, sondern für Rationalität.« Die Interessen der Südzucker AG lägen nicht »in der Gewinnmaximierung, sondern in der Verlustminimierung«. Die Demonstranten reagierten mit einem Pfeifkonzert.

Franz-Josef Möllenberg von der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat und ehemaliger stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, richtete an seine Aufsichtsratskollegen vor dem Eingang zur Konzernzentrale einen flammenden Appell für den Erhalt der Werke Brottwitz und Warburg: »Wir sind nicht bereit, weitere Kahlschläge hinzunehmen.« Er forderte die Politik auf, beim Zucker endlich aktiv zu werden, etwa durch eine Kommission wie bei der Diskussion um die Kohle.

Bürgermeister Michael Stickeln sieht bei der Argumentation des Vorstandes »zu viele Ungereimtheiten. Hier wurde nicht mit ganz offenen Karten gespielt.«



Die Demonstranten kämpfen in Mannheim nicht nur für die Zuckerfabrik, sondern auch »für ein Stück Heimat«.

Kommentar

Die Menschen rücken zusammen, halten Plakate hoch, beteiligen sich an Demonstrationen, zeigen Geschlossenheit, recken selbstbewusst ihre Faust in die Höhe. Sie haben nicht nur für »ihre« Zuckerfabrik gekämpft, sondern auch für ein Stück unverzichtbare Heimat. Am Ende leider vergebens.

Das Werk wird nach Abschluss der nächsten Zuckerrüben-Kampagne Anfang 2020 geschlossen. Zurück bleiben

60 Beschäftigte, die nun ihren Job verlieren werden, Familien, die um ihre Existenz bangen müssen, und 800 Landwirte, die nicht wissen, ob es sich künftig lohnt, Zuckerrüben anzubauen. Die Anbauer aus der Börde könnten ihre Rüben in das Südzuckerwerk nach Wabern im Schwalm-Eder-Kreis liefern. Die Entscheidung von Südzucker ist eine große Enttäuschung. Das Warburger Land trägt Trauer. Ralf Benner

BfH will Gretchenfrage stellen

Landesgartenschau: Bürger für Höxter bezeichnen neue Position der SPD-Ratsfraktion als unfair

Höxter (WB). Nach den Irritationen wegen der negativen Aussagen zur Landesgartenschau, die nach Ansicht der Bürger für Höxter (BfH) durch die Haushaltsrede des SPD-Fraktionschefs Werner Böhler in der jüngsten Ratssitzung entstanden sind (Bericht vom Samstag), positioniert sich die BfH-Fraktion zur LGS 2023.

»Das Projekt Landesgartenschau 2023 in Höxter ist mit Chancen und Risiken verbunden. Das war allen politischen Akteuren in Verwaltung und Rat von Anfang an bekannt«, schreiben Fraktionsvorsitzender Ralf Dohmann und Hermann Loges in einer Pressemitteilung. Die BfH-Fraktion habe sich daher in der Ratssitzung am 22. Februar 2018 als einzige Fraktion mit drei weiteren Ratsmit-

gliedern gegen die Bewerbung um die Landesgartenschau ausgesprochen. Bereits einen Tag später hätten die Bürger für Höxter auf ihrer Facebookseite zur Entscheidung des Rates, sich um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2023 zu bewerben, erklärt: »Der Rat hat entschieden: Wir hoffen auf eine große Unterstützung – Es geht nur gemeinsam.«

Sowohl der damalige Fraktionsvorsitzende Hermann Loges als auch sein Nachfolger hätten danach mehrfach vor dem Rat und in Ausschüssen öffentlich erklärt, dass die BfH trotz ihres ablehnenden Votums hinter der Entscheidung des Rates steht. Das gelte bis heute. So sei man überrascht, dass die SPD-Fraktion in ihrer Haushaltsrede erstmals und ohne Vor-

ankündigung Zweifel an der Realisierbarkeit der Landesgartenschau publik gemacht hat. Das irritiere nicht nur die politischen Entscheidungsträger, sondern auch die Bürger, teilt die BfH mit.

»Damit wurde von einem Part-



Ralf Dohmann, BfH-Fraktionsvorsitzender.

ner der »Groko« selbst die Entscheidung zur Ausrichtung in Frage gestellt. Aus solchen vielleicht sogar gezielt gesäten Zweifeln kann schnell ein Flächenbrand werden«, warnen Dohmann und Loges. Das Verhalten der SPD-Fraktion sei gegenüber den damaligen Mitbefürwortern unfair.

Dohmann und Loges weiter: »Vielleicht wäre die CDU Höxter, die das Projekt Landesgartenschau 2023 medial für sich vereinbaren wollte, gut beraten, der Absetzbewegung der SPD mit einer eigenen Absetzbewegung aus der Großen Koalition zu begegnen.« Die CDU habe durch ihren Fraktionschef Stefan Berens verlautbaren lassen, dass sie die Einrichtung einer verwaltungs-internen Projektsteuerungsgrup-

pe zur Vorbereitung der LGS für überfällig halte. »Sofern Berens hier beabsichtigt, den neuen allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters, Kämmerer Lothar Stadermann, der »Landesgartenschau-Managerin« Claudia Koch vor die Nase zu setzen, besteht die Gefahr, dass für Frau Koch das Fass des Erträglichen endgültig überläuft. Oder organisieren die Macher der Groko, beide beraten vom Kämmerer, gar auf getrennten Wegen den Ausstieg aus der Landesgartenschau 2023?«, fragt die BfH. Bei der Aufsichtsratsversammlung der Landesgartenschau Höxter gGmbH möchte die BfH die Gretchenfrage an die politischen Vertreter stellen, ob diese noch uneingeschränkt hinter dem Projekt Landesgartenschau stehen.